Freiwilligkeit statt Pflicht: Positionierung des Paritätischen Gesamtverbandes zur möglichen Wiedereinführung der Wehrpflicht und des Zivildienstes

Abstract

Der Paritätische Gesamtverband positioniert sich gegen einen zivilen Pflichtdienst. Gesellschaftliche Verantwortung soll freiwillig, selbstbestimmt und partizipativ erlebt werden. Freiwilligendienste werden als zentrales Instrument betrachtet, um junge Menschen in Engagement und demokratisches Handeln einzubinden. Die mögliche Wiedereinsetzung eines Zivildienstes bzw. Wehrersatzdienstes darf die bestehenden Freiwilligendienste weder verdrängen noch in Qualität oder Struktur beeinträchtigen.

Die zentralen Forderungen des Paritätischen sind:

- *Einführung eines Gesetzes zur Stärkung der Freiwilligendienste.*
- *Sicherstellung, dass alle Menschen, die einen Freiwilligendienst leisten bzw. geleistet haben, von einem verpflichtenden Wehrdienst bzw. Zivildienst/ Wehrersatzdienst ausgenommen sind.*
- *Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure im Falle der Wiedereinsetzung eines Zivildienstes/Wehrersatzdienstes, um Erfahrungen aus dem früheren Zivildienst kritisch auszuwerten und die bewährte Praxis der Freiwilligendienste zu berücksichtigen.*

1. Unsere Grundhaltung: Freiwilligkeit statt Pflicht

Der Paritätische Gesamtverband lehnt einen verpflichtenden zivilen Dienst grundsätzlich ab. Wehrhaftigkeit bemisst sich nicht allein an militärischer Stärke, sondern ebenso an gesellschaftlicher Resilienz und gelebter Demokratiefähigkeit. Gesellschaftliche Verantwortung darf nicht erzwungen werden – sie erwächst aus intrinsischer Motivation, dem Erleben von Selbstwirksamkeit und freiwilligem Engagement. Der Ansatz der Freiwilligkeit ist aus Sicht des Paritätischen erst dann vollständig erfüllt, wenn junge Menschen im Falle einer Wehrpflicht nicht nur zwischen Dienstformen entscheiden müssen, sondern sich gegen eine jegliche Verpflichtung aussprechen können. Dies ermöglicht jederzeit trotzdem freiwillig einen Freiwilligendienst bzw. einen Wehrdienst zu leisten.

2. Stärkung und Ausbau der Freiwilligendienste – Vision 2030

Der Paritätische Gesamtverband betrachtet die aktuelle Debatte um die mögliche Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und einen Zivildienst/Wehrersatzdienst als Chance, die verbändeübergreifende Vision 2030 „Recht auf einen Freiwilligendienst“ konsequent umzusetzen. Die zentralen Forderungen der Vision sind:

- Einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst, da wo sich (junge) Menschen, Einsatzstellen und Träger auf den Abschluss einer Freiwilligendienstvereinbarung einigen.
- Ein vom Bund finanziertes Freiwilligengeld, dessen Höhe sich am BAföG-Höchstsatz orientiert. Damit wird allen Interessierten ein Freiwilligendienst ermöglicht.
- Eine individuelle Einladung und Einzelberatung für alle jungen Menschen.

Zur Umsetzung dieser Vision fordert der Paritätische Gesamtverband die Einführung eines Gesetzes zur Stärkung der Freiwilligendienste, um die zivilen Freiwilligendienste systematisch auszubauen und dauerhaft zu stärken.

3. Partizipation junger Menschen

Der Paritätische Gesamtverband setzt sich dafür ein, dass junge Menschen aktiv und wirkungsvoll an politischen Debatten beteiligt werden. Insbesondere Themen, die sie direkt betreffen. Er fordert daher, bei der möglichen Wiedereinführung der Wehrpflicht und eines Zivildienstes/Wehrersatzdienstes eine echte Beteiligung junger Menschen sicherzustellen und die Stimmen der jungen Generation explizit zu berücksichtigen. Ihre Perspektiven müssen ernst genommen und ihnen echte Mitgestaltungsmöglichkeiten eröffnet werden. Es darf nicht dazu kommen, dass die Jugend Verantwortung für politische Entscheidungen übernehmen muss, ohne zuvor Gehör gefunden zu haben. Nur durch konsequente Beteiligung kann gesellschaftliche Verantwortung freiwillig und sinnvoll erlebt werden, statt erzwungen zu werden.

4. Mögliche Wiedereinsetzung der Wehrpflicht und Zivildienst

Der Paritätische Gesamtverband ist der Auffassung, dass ein neuer Zivildienst grundsätzlich nicht erforderlich ist. Sollte jedoch ein verpflichtender Wehrdienst sowie ein Zivildienst/ Wehrersatzdienst eingeführt werden, fordert er, dass Personen, die bereits einen Freiwilligendienst im In- oder Ausland geleistet haben bzw. einen Freiwilligendienst leisten, automatisch von dem Wehrdienst bzw. Zivildienst/Wehrersatzdienst freigestellt werden, ohne dass eine Kriegsdienstverweigerung erforderlich ist. Denn auch ein Freiwilligendienst stärkt die Demokratie- und Resilienzfähigkeit sowohl des/der Einzelnen als auch der Gesellschaft.

Darüber hinaus muss aus Sicht des Paritätischen Gesamtverbandes verhindert werden, dass die Einführung früherer Strukturen des Wehr- und Zivildienstes/Wehrersatzdienstes zu systematischen Schlechterstellungen von Strukturen und Personengruppen (Frauen*, Menschen mit Behinderungen, “ausgemusterten” junge Menschen) führen. Die

Wiedereinführung früherer Strukturen wird voraussichtlich den Effekt haben, dass für Menschen, die keinen Wehrdienst leisten möchten oder können lediglich Strukturen für freiwilliges Engagement zur Verfügung stehen, die sehr viel schlechtere Rahmenbedingungen aufweisen als der Wehrdienst. Gesellschaftliches Engagement wird damit ungleich anerkannt sowie wertgeschätzt und alte Muster in Bezug auf Personengruppen bedient. Eine Hierarchisierung gesellschaftlichen Engagements muss vermieden werden. Die Freiwilligendienste müssen dementsprechend ausgestattet sein und Engagement unter vergleichbaren Rahmenbedingungen angeboten werden. Künftige Regelungen sollten von Anfang an Geschlechtergerechtigkeit, Diversität und Inklusion fest verankern.

Zudem plädiert der Gesamtverband für eine sorgfältige und kritische Auswertung der Erfahrungen mit dem früheren Zivildienst, um positive Aspekte zu erhalten und negative Effekte zu vermeiden. Handlungsleitend sollten hier insbesondere die langjährigen positiven Erfahrungen vor allem in der pädagogischen Begleitung in den bestehenden Freiwilligendiensten sein. Insbesondere folgende Punkte sind dabei zentral:

- Die Interessen der jungen Menschen, die einen Dienst leisten, müssen berücksichtigt werden. Wahlfreiheit bei der Einsatzstelle ist unabdingbar.
- Die Wiedereinsetzung eines Zivildienstes darf nicht zur Verdrängung bestehender Freiwilligendienste führen oder deren Vielfalt und Qualität beeinträchtigen. Das heißt: Gleiche Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste und Zivildienst müssen u. a. beim Taschengeld, der Unterstützung der Einsatzstellen und Träger und Dauer der Dienste gewährleistet sein.
- Das Trägerprinzip muss erhalten bleiben.
- Freiwilligendienste, die als Wehrersatzdienst geleistet werden, dürfen nicht sanktioniert oder verpflichtend umgestaltet werden.
- Die Option für Kriegsdienstverweigerer, statt eines Zivildienstes/Wehrersatzdienstes einen freiwilligen Dienst zu leisten, sollte auf den Bundesfreiwilligendienst erweitert werden.
- Die damals stark bürokratisch geprägte und zentralisierte Verwaltung des Zivildienstes sollte vermieden werden.
- Statt zentraler Lehrgänge empfiehlt sich eine praxisnahe Vorbereitung und pädagogische Begleitung vor Ort, wie sie aus den Freiwilligendiensten bekannt und bewährt sind (mindestens 25 Tage bei 12-monatigem Dienst).

Der Paritätische Gesamtverband setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass die Wiedereinsetzung des Zivildienstes bzw. eines Wehrersatzdienstes nicht als bloße Reaktivierung früherer Strukturen verstanden wird, sondern unter Berücksichtigung heutiger gesellschaftlicher Anforderungen und bewährter Freiwilligendienst-Praktiken gestaltet wird.

Der Paritätische Gesamtverband steht entschieden für eine freiwillige, chancengerechte und qualitativ hochwertige Gestaltung gesellschaftlichen Engagements. Zivile Pflichtdienste sind kein Ersatz für gelebte Verantwortung und Beteiligung junger Menschen. Nur durch Freiwilligkeit, Mitbestimmung und eine Stärkung der bestehenden Freiwilligendienste kann

gesellschaftliche Verantwortung authentisch und wirksam erlebt werden – ein Prinzip, das auch in Zukunft den Kern unserer Arbeit bilden wird.

Berlin, September 2025

Kristin Napieralla, freiwilligendienste@paritaet.org und Timea Kreißler, bfd@paritaet.org